

Antrag L1: Für Frieden, Demokratie, Wohlstand und Verantwortung - Mecklenburg-Vorpommern nach der Zeitenwende

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	10. Sonstige

Der 24.02.2022 markiert einen schicksalhaften Tag in der Geschichte der Ukraine, Europas und der Welt. Russlands Invasion stellt gewohnte Bilder auf die Probe. Sie ist ein Angriff auf die Freiheit, die Demokratie und auf die Souveränität der Ukraine. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern verurteilt mit aller Schärfe den Einmarsch von russischen Truppen in die Ukraine, die Verletzung der territorialen Integrität und die abscheulichen Kriegsverbrechen in Bucha, Mariupol und anderen Teilen der Ukraine.

Für uns ist klar: Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt der Ukraine und ihrer Bevölkerung. Der Aggressor dieses Krieges ist die Regierung Russlands und die oligarchischen Strukturen von Putins Machtclique. Wir fordern daher gemeinsam mit unseren Partnern die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine und ein Ende dieses Krieges, bei dem jeden Tag Menschen ihr Leben verlieren.

Für Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern bringt der Krieg eine Zeitenwende mit sich. Steigende Energie- und Lebensmittelpreise, die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine, Diskussionen zum Zustand der Bundeswehr und die politische Irrfahrt der rot-roten Landesregierung prägen das Bild, das uns derzeit begegnet. Der Krieg Russlands in der Ukraine bedarf einer starken Antwort. Falsche Scheu und irritierende Aussagen werden von unseren Partnern in Europa skeptisch aufgefasst. Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland müssen geschlossen handeln.

- **Machen wir Energie wieder bezahlbar**

Putins Krieg ist einer von vielen Gründen für die weltweit steigenden Energiepreise. Auch die Bürgerinnen und Bürger Mecklenburg-Vorpommerns spüren dies in ihrem täglichen Leben. Daher sind Anstrengungen für einen finanziellen Ausgleich insbesondere finanziell schwacher Bevölkerungsgruppen sehr zu begrüßen. Hauptaugenmerk muss aber auf einer dauerhaften Anpassung der Energiegewinnung zu marktgerechten Preisen sowie eine Diversifizierung der Energieimporte sein. Dabei war schon immer klar, dass eine einseitige Ausrichtung wie im Fall der Gasimporte aus der Russischen Föderation nicht nur unserer wertegeleiteten Außen-, sondern auch einer rationalen staatsökonomischen Energiepolitik widersprechen. kommt. Auch andere unnötige Abgaben werden wir überarbeiten. Ferner werden wir uns für eine unbürokratische Wirtschaftspolitik einsetzen. Eine einseitige Ausrichtung wie im Fall der Gasimporte aus der Russischen Föderation widersprechen nicht nur unserer wertegeleiteten Außen-, sondern auch einer rationalen staatsökonomischen Energiepolitik.

Fest steht für uns: Die Energiepreise müssen wieder sinken. Insbesondere bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, dem Land, in dem die Energiepreise auch vor dem massiven Anstieg

deutschlandweit am höchsten waren. Unser Ziel ist es, nach der Abschaffung der EEG-Umlage im Sommer, dort die geringsten Strom- und Energiepreise zu haben, wo lokal auch Strom und Energie erzeugt werden.

Den Ausbau erneuerbarer Energien in Mecklenburg-Vorpommern und das 2%-Ziel der Bundesregierung unterstützen wir.

Bei der Neuausrichtung der Energiepolitik kommt Mecklenburg-Vorpommern eine besondere Bedeutung zu. Wir betrachten die Energiepolitik ganzheitlich aus Import, Produktion und Verbrauch. In allen Themen braucht es eine gemeinsame Anstrengung, um eine Transformation sowohl ökonomisch als auch ökologisch zu gestalten.

Für den Energieimport kommt nach der Einstellung des von Russland finanzierten Projekts Nord Stream 2 unseren Häfen herausragende Bedeutung zu. Daher fordert die FDP Mecklenburg-Vorpommern den Ausbau des Hafens Rostock zu unserem Energiehafen in Mecklenburg-Vorpommern. Mit beschleunigten Planungsverfahren soll die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens im Vergleich zu anderen Projekten im Ostseeraum sichergestellt werden. So befürworten wir den raschen Bau eines bereits genehmigten LNG-Terminals sowie der Bereitstellung eines schwimmenden LNG-Terminals. LNG trägt als Brückentechnologie auf dem Weg zur Klimaneutralität zu einer deutlichen Emissionsreduzierung bei, gerade in der Schifffahrt. Auch Anlagen für den Import von grünem Ammoniak müssen geprüft werden. Dabei streben wir gemeinsam mit unseren Partnern in den anderen Küstenbundesländern und der Bundesregierung eine gemeinsame Energieimportstrategie in unseren Häfen an Ost- und Nordsee an.

Der Energiestandort Lubmin muss in einer landesweiten Strategie ebenfalls eine herausragende Bedeutung erhalten. Mit den Pipelineanschlüssen, Starkstromtrassen, der Anlandung von Offshore Strom aus den Ostsee Windparks Wikinger und Arkona sowie Hafen und Schienenanbindung bietet der Standort ideale Vorteile für weitere Energieprojekte in MV.

Bei der Energieproduktion benötigen wir eine Aktualisierung unseres Bildes. Auch fossile Energieträger wie Gas sind für uns ein wichtiger Energieträger in der aktuellen Versorgungssicherheit. Dabei dürfen wir nicht wie andere eine lokale Produktion ausschließen, sondern auch hier in Mecklenburg-Vorpommern entsprechende Vorhaben zur Prüfung freigeben. Wir sprechen uns dafür aus, dass lokale Produktionen geprüft und bei positivem Prüfergebnis auch genehmigt werden, sofern ein privatwirtschaftliches Unternehmen oder eine öffentlich-private Partnerschaft die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt.

- **Stärken wir unsere Sicherheit**

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern unterstützt das 100 Milliarden Euro umfassende Sondervermögen für die Bundeswehr. Angesichts des gebrochenen Friedens in Osteuropa, ist die Investition und Modernisierung in unsere Verteidigung obligatorisch, da diese in den letzten Jahrzehnten stark vernachlässigt wurde. Unsere internationalen Partner in Europa und der Welt erwarten einen deutschen Beitrag zur Sicherheit und wir setzen uns dafür ein.

Für Mecklenburg-Vorpommern hat die Bundeswehr eine besondere Bedeutung. Dabei geht es nicht nur um die zahlreichen Standorte der Bundeswehr in unserem Land, sondern auch um unsere Industrie und insbesondere um unsere Werften. Dem Engagement der Bundeswehr mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommerns Werften stehen wir offen gegenüber. Das gilt sowohl für die Marine als auch für die Privatwirtschaft. Im Zuge der Aufsetzung des Sondervermögens ist unser

Bestreben, dass das Knowhow der Arbeitskräfte in unserem Land für die Modernisierung und Anschaffung eingesetzt wird.

Die Gefahr von Hackerangriffen auf kritische Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen in unserem Land steigt stetig. Wir müssen daher dafür sorgen, dass die Informationstechnik in dem Maße ertüchtigt wird, dass die kritische Infrastruktur und unsere Verwaltung ausreichend geschützt sind. Hier streben wir die Einführung eines landesspezifischen IT-Sicherheitsgesetzes an, welches die Standards der IT-Sicherheit für alle Landesbehörden und Kommunen verbindlich festlegt.

- **Sichern wir die Ernährungsgrundlage**

Der Krieg in der Ukraine und die Politik von wirtschaftsstarken Nationen wirken sich erheblich auf den Agrar- und Ernährungssektor aus. Durch steigende Weltmarktpreise für Produktionsmittel und Agrarrohstoffe nehmen die Versorgungsprobleme in Entwicklungs- und Schwellenländern massiv zu. Deutschland und die EU müssen als wichtige Akteure auf den Weltagrarmärkten und eine der weltweiten Gunststandorte für die Agrarproduktion ihre Beiträge zur weltweiten Ernährungssicherheit stärken. Bei allen agrarpolitischen Entscheidungen gilt es, ihre Auswirkung auf die Ernährungssicherheit mit zu bedenken. Die landwirtschaftliche Produktion muss hierzulande nachhaltig intensiviert und mit verlässlichen Rahmenbedingungen ausgestattet werden. Der Einsatz moderner Technologien im Pflanzenschutz und in der Pflanzenzüchtung, modernste und digitale Technik sind wichtige Instrumente, um sichere Lebensmittel in ausreichender Menge zu erzeugen. Dies stärkt die Agrarmärkte, sichert die Versorgung für mehr Menschen und schützt die Umwelt.

- **Fördern wir den Handel**

Die Konzentration auf die Außenhandelsbeziehungen zu Russland war und ist ein Fehler der Landesregierung, die Mecklenburg-Vorpommern nicht nur teuer zu stehen bekommt, sondern auch international negativ aufgefasst wird. Die Nebenaußenpolitik der Schweriner Staatskanzlei muss ein Ende finden! Es muss das gemeinsame Ziel sein, die bereits bestehenden Außenhandelsbeziehungen mit Polen, den baltischen Staaten, den Ostseeanrainern und zu weiteren Wirtschaftsregionen in der Welt zu intensivieren. Dazu fordern wir, diese Leitung aus der Staatskanzlei wieder in das Wirtschaftsministerium zu verlegen.

Zudem fordern wir die Intensivierung der Kontakte mit verlässlichen internationalen Partnern. Dazu gehören intensive Beziehungen zu den USA, ein Start-Up-Partnerschaftsabkommen mit Israel und das Sondieren weiterer Möglichkeiten. Außerdem unterstützen wir den Abschluss neuer Freihandelsabkommen durch die Bundesregierung und die Europäische Union.

Mecklenburg-Vorpommern wird einen langen Weg beschreiten müssen, um für internationale Investoren und Ansiedlungen wieder zu einem attraktiven Ziel zu werden. Restriktive Bürokratie und investorenfeindliche Umgebungen müssen daher spätestens jetzt ein Ende finden.

- **Zeigen wir Solidarität**

Geflüchtete und Vertriebene aus der Ukraine und aus Drittstaaten, die sich in der Ukraine befanden, sind bei uns herzlich Willkommen. Wir begrüßen die Schritte der Bundesregierung sämtliche Möglichkeiten für eine schnelle Registrierung und der Integration. Es gilt nun, eine zügige Integration der Ukrainerinnen und Ukrainern mit allen Strukturen auf Bundes- bis hin zur Kommunalebene aufzubauen. Die gemeinsamen Anstrengungen aller, sowohl der Politik und auch

den vielen Ehrenamtlichen, möchten wir außerordentlich herausheben. Es ist eine gemeinsame Kraftleistung, die eine gelungene Integration gewährleisten soll.

Die Isolation von Putins Machstruktur, darf mit der gegenwärtig betriebenen Politik und Aggression, nicht auf unsere russischen Mitbürger in Mecklenburg-Vorpommern zurückfallen. Anfeindungen und Ausgrenzungen gegenüber der russischen Bevölkerung verurteilen wir.

Wir müssen vor Ort Hilfe leisten: Die Kommunen müssen bei den Aufgaben der Unterbringung und Integration gegebenenfalls durch das Land finanziell unterstützt werden. Das Land muss eventuelle Mehrbelastungen im Zuge des Krieges in der Ukraine im Haushalt berücksichtigen.

- **Helpen wir der Ukraine. Sorgen wir für Aufklärung.**

Auf den Krieg in der Ukraine folgten konsequenterweise Sanktionen und Ausschlüsse aus unterschiedlichen Gremien gegen die Russische Föderation.

Wichtiger als die wirtschaftliche Isolation Russlands ist die politische, die wir vorantreiben müssen. Durch den Krieg ist Russland kein Partner für Europa. Diese Erkenntnis hätte bereits 2014, nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim reifen müssen. Dennoch hielten und halten viele Menschen in unserem Land an Putins Machtclique und Propaganda fest.

Der Untersuchungsausschuss zur sogenannten „Klimastiftung“ im Landtag Mecklenburg-Vorpommern muss Aufklärung bringen. Er muss durchleuchten und nicht durch eine Wagenburg-Mentalität der SPD behindert werden. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben Transparenz verdient. Diese kann der Ausschuss liefern.

Das Ansehen unseres Bundeslandes hat in den vergangenen Wochen durch die Haltung der Landesregierung starken Schaden genommen. Die FDP hat eine klare Erwartungshaltung: Die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV muss aufgelöst werden. Von der Ministerpräsidentin Schwesig, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Sellering und der gesamten Landesregierung erwarten eine aktive Beteiligung an der Aufklärung aller deutsch-russischen Verstrickungen im Land.

Die Ukraine braucht aber auch unsere konkrete Hilfe: Wir unterstützen daher die Lieferung von schweren Waffensystemen und Munition an die Ukraine. Finanzielle Unterstützung für humanitäre Zwecke ist ein weiterer Beitrag, den wir in Mecklenburg-Vorpommern leisten sollten. Es muss ebenfalls geprüft werden, ob Mittel der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV für die Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer genutzt werden können.

Begründung

erfolgt mündlich